

Lichtenstein-Gallnberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Amtsblatt für Hohndorf, Nödlitz, Bernsdorf, Rüsdorf, St. Egidien, Heinrichsorf, Marienau, Rendörsel, Ottmannsdorf, Mülsen St. Nicolas, St. Jacob, St. Michael, Stangendorf, Thurm, Niedermülsen, Lübschnappel und Tirsheim

Amtsblatt für das Agl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Alteste Zeitung im Königlichen Amtsgerichtsbezirk

58. Jahrgang.

Dr. 3.

Bekanntes Zeitung
im Amtsgerichtsbezirk.

Sonnabend, den 4. Januar

Haupt-Abonnementenorgan
im Amtsgerichtsbezirk.

1908.

Die Post wird am nächsten Sonn- und Feiertag vormittags für den folgenden Tag. Dienstag 1. März 50 Pfennige, durch die Post bezogen 1. März 75 Pfennig. Eine Nummer 10 Pfennig. - Belehrungen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Postämterstraße Nr. 5 b alle anderen Postämter entgegen. Später werden die übersetzten Kunden mit 10 Pfennigen berechnet. Postamt Nr. 30 Pf. Ein amtliches Teile kostet die zweitpolige Seite 30 Pf. Interessante Annahme täglich bis spätestens vormittags 10 Uhr. Telegramm-Adresse: Tagesblatt. Verzeichnis-Nr. 7.

Bekanntmachung.

Mit Rücksicht auf den bevorstehenden Rechnungsabschluß der städtischen Kasse werden alle dirigen Handwerker, Dienstleute usw., welche noch Forderungen für im Jahre 1907 ausgeführte Arbeiten, geleistete Sachen und Berglehen an eine der städtischen Kassen haben, hierdurch aufgefordert, ihre Rechnungen umgehend, spätestens aber bis zum

10. Januar 1908

zur Bezahlung bei dem unterzeichneten Stadtrate einzureichen.

Hierbei wird noch bemerkt, daß die Rechnungen für die einzelnen Kassen getrennt zu halten und alle, auch die kleinsten Beträge, einzurechnen sind.

Lichtenstein, am 21. Dezember 1907.

Der Stadtrat.

Stedner, Bürgermeister.

Die Kasse expediert an jedem Werktag von 8 bis 12 Uhr vormittags und von 2 bis 5 Uhr nachmittags, Sonnabends von vormittags 8 bis nachmittags 3 Uhr und behandelt alle Geschäfte streng geheim.

Schule zu Hohndorf.

Die Anmeldung der Ostern 1908 schulpflichtig werdenden Kinder ist von

Mittwoch, den 8. bis Freitag, den 10. Januar

nachmittags von 2-4 Uhr

im Zimmer Nr. 2 (Vaterre) der Schule möglichst durch die Eltern selbst

zu bewirken.

Schulpflichtig werden die Kinder, die bis Ostern 1908 das 6. Lebensjahr

erreicht haben. Auf Wunsch können auch solche Kinder aufgenommen werden

die bis zum 30. Juni das 6. Lebensjahr vollenden.

Vorauslegen ist für jedes Kind der Impfchein, für nicht in Hohndorf

geborene Kinder außerdem eine standesamtliche Geburtsurkunde

mit pfarramtlicher Taufbescheinigung.

Vorstellung der Kinder ist erwünscht.

Hohndorf, 3. Januar 1908.

Die Schuldirektion.

Großer.

Stadtsparkasse Callenberg

vergibt alle Einlagen mit

3½ %.

Die an den ersten drei Tagen eines Kalendermonates bezahltes Spar-

einlagen werden für den vollen Monat verzinst.

Das Wichtigste.

* Die Bank von England hat den Diskont von zehn auf sechs Prozent herabgesetzt.

* In Samara wurde der Chef der Gendarmerieverwaltung Oberst Bobrow von einem Unbekannten erschossen.

* Folge eines amtlichen Erlasses über die sofortige Steuererhebung ist es in Bessarabien zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen Bauern und Polizisten gekommen.

* Der Mord an dem Major von Schonebeck in Allenstein hat sich als ein von dem Hauptmann von Goeben und der Frau von Schonebeck seit längerem gemeinsam gesuchtes Verbrechen herausgestellt.

* Wegen des leidenden Zustandes des Angeklagten wurde die Fortsetzung des Prozesses Moltke-Hardt auf Freitag vertagt.

Die Sanierung der Reichsfinanzen.

Immer schärfer spürt sich der Konflikt zwischen den Finanzverwaltungen der Einzelstaaten und der Reichsregierung in Sachen der Reichsfinanzreform zu. Während die liberalen Parteien die Einführung von direkten Reichssteuern forderten, erklärt die Einzelstaaten, daß der Mehrbedarf des Reiches ausschließlich durch indirekte Steuern gedeckt werden müsse. Hier lag ein vollkommener Gegensatz vor. Fürst Bülow glaubte ihn durch den Vorschlag einer Vereinigung der Matrikularkontrakte aus der Welt schaffen zu können. Die Einzelstaaten sollten den Mehrbedarf selbst aufzubringen, aber auf Grund einer Matrikularkumlage, die nicht nach der Kopfzahl, sondern unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Einzelstaaten erhoben wird. Aber auch mit diesem Kompromißvorschlag scheint die Reichsregierung kein Glück zu haben.

Schon vor dem Weihnachtsfeste ließ sich der sächsische Finanzminister v. Bülow in der zweiten Kammer vom Abgeordneten Oppel interpellieren, um eine Gelegenheit zu erhalten, gegen diese „verdeutlichte“ Matrikularkontrakte Stellung zu nehmen. Zweit sind die süddeutschen Finanzminister seinem Beispiel gefolgt. Wie wir schon gestern meldeten, bat im Stuttgart eine Konferenz der Finanzminister aus Bayern, Württemberg und Baden stattgefunden, die sich mit den Reichssteuerfragen beschäftigte. Wenn es auftaucht, was sich die „Nat.-Ztg.“ melden läßt, so hat das Kleckstatt der Finanzminister gegen die Veredelung der Matrikularkontrakte starke Bedenken geäußert; es neigt dafür zur Einführung einer verbesserten

Braunweinsteuer, einer Tabaksteuer, einer Erbschaftssteuer und einer Wehrsteuer.

In dieser Form kann allerdings die Meldung der „Nat.-Ztg.“ nicht stimmen, da eine Erbschaftssteuer nicht erst eingeführt zu werden braucht. Sie besteht vielmehr im Reiche schon seit 1906, könnte also höchstens ertragreicher gestaltet werden. Was jedoch die Wehrsteuer betrifft, so hat gerade Freiherr v. Rheinbaben im Reichstage gegen sie starke Bedenken geäußert gemacht. Es bleibt deshalb nicht viel anderes übrig als eine höhere Besteuerung von Braunwein und Tabak, kurz, man läuft darauf zurück, was der Bundesrat von Anfang an wollte, was aber der liberale Teil des Reichstages nicht will. Die ganze Erörterung hat sich im Kreise gedreht. Nach alledem ist kaum anzunehmen, daß die Reichsfinanzen in diesem Winter überhaupt noch reformiert werden dürften. Man wird sich wohl oder übel entschließen, die ganze Angelegenheit zu vertagen. Ob aber gerade den Bundesstaaten, die dann mit unveredelten, aber dafür umso höheren Matrikularkontraktionsverträgen rechnen müssen, gedient ist, das ist noch sehr die Frage. Jedenfalls darf man auf die Weiterentwicklung der Reichsfinanzfrage gespannt sein.

Deutsches Reich.

Berlin. (Neujahrsgrüße.) Zwischen dem österreichisch-ungarischen Minister des Auswärtigen Freiherrn v. Lehrenthal und dem deutschen Reichslandesfürsten v. Bülow wurden aus Anlaß des Jahreswechsel sehr herzliche, dem intimen Bündnischarakter entsprechende Grüße gewechselt. Auch zwischen Freiherrn von Lehrenthal und dem italienischen Minister des Außenrechts Tittoni fand aus dem gleichen Anlaß ein herzlicher Treibenwechsel statt.

— (Graf Moltke.) Wie dem „B. L.“ von unrichtiger Seite mitgeteilt wird, dürfte Graf Bruno Moltke sofort nach der Urteilstafelung im Prozeß darüber reaktiviert werden. Der Kaiser beachtigte, den Grafen Moltke durch eine ganz besondere Ehrung auszuzeichnen und ihn auf einen der höchsten militärischen Posten zu berufen. So soll sich dabei um eine Stellung in der unmittelbaren Umgebung des Kaisers handeln. — Abwarten!

— (Zur Streitfrage in Kreisfeld.) Nach einem Telegramm aus Aachen hat der Arbeitgeberverband der deutschen Textilindustrie zu Berlin und Aachen noch eine Einigungnahme der jeweiligen Streitfrage in Kreisfeld die Berechtigung des Standpunktes der Unternehmerkraft anerkannt und seinem Mitglied, dem Verbande der rheinischen Zeidenindustrie den gesamten Schutz des deutschen Arbeit-

geberverbandes der Textilindustrie zur Verfügung gestellt.

— Wieder zwei Ostmarkvertreter! Aus deutschen Händen in polnischen Besitz geraten ist das Gut Altkirch im Kreise Stuhm in Westpreußen, das über 700 Morgen umfaßt. Der bisherige Besitzer Hahn hat es für den Preis von 300 000 Mark einem Herrn Gröber verkauft, den die polnischen Blätter als „echten Polen“ bezeichnen. Über diesen stauf schwieben bereits Unterhandlungen mit dem Fiskus, die sich jedoch im letzten Augenblick zerdrücken. Ferner hat der deutsche Besitzer Schandorff sein 193 Morgen umfassendes Gut im Kreise Marienwerder dem Polen Andreas Wieniatowski aus Löbau für 80 000 Mark verkauft.

Ausland.

Paris. (Anzeichen einer Besserung in den deutsch-französischen Beziehungen.) Der französische Botschafter in Berlin, Cambon, der zu kurzem Aufenthalt hier weilt, schreibt am Montag auf seinen Posten zurück, um dem NeujahrsEmpfang beim Kaiser beizuwohnen. Er hat sich sehr befreidigend über das erste Jahr seiner Tätigkeit in Berlin geäußert, insbesondere über die freundliche und entgegenkommende Aufnahme, die er in allen politischen und geschäftlichen Angelegenheiten bei der Reichsregierung gefunden hat. Die Berliner Luft ist, wie Cambon sich ausdrückte, ganz und gar atmungsfähig geworden. Im Ministerium des Außenrechts erblühte man darin mit Genugtuung ein Anzeichen dafür, daß die seit Beginn des Marokko-Kriegs auf beiden Seiten bestandene unbehagliche Situation bald vollständig überwunden sein wird.

Aus Nah und Fern.

Lichtenstein, 3. Jan. 1908.

— **20 Grad Kälte.** Des Winters harter Schritt geht durch die Lande und unter seinem Trockenhand erstarzt die Erde. Es ist der grimmige Wärmemann, der in diesem Monat regiert, und nach den vergangenen Weihnachtstagen, die manche Hoffnung zu Wasser werden ließen, scheint er sein strenges Regiment für einige Zeit beibehalten zu wollen. Doch 20 Grad Celsius, die heute morgen an geschützter Stelle gemessen wurden, ist für unsere Gegend eine höchst „ausständige“ Kälte. Wir würden ganz genau etwas davon abgeben, denn dabei frieren die Menschenkinder, die Tiere im Walde und auch Mutter Erde, der Frau Erde die Decke noch nicht so dicht an, daß ihre Saaten so hohe Rüttelgrade ohne Nachteil ertragen können. Die Schittenbahn zieht, doch auf der Eisbahn tummelt sich die Jugend, mag auch das Thermometer noch so tief gesunken